

überstellung des Weltbankkonzepts und der Vorstellungen der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), die sich in der ›Monrovia-Deklaration‹ vom Juli 1979 und dem ›Aktionsplan von Lagos‹ vom April 1980 ausdrücken, findet sich in dieser Zeitschrift: Rainer Tetzlaff, Kontroverse um die Zukunft Afrikas. Die entwicklungspolitischen Konzeptionen von OAU und Weltbank, VN 5/1982 S.153ff.

3 World Bank, Toward Sustained Development in Sub-Saharan Africa. A Joint Program of Action, Washington 1984. Siehe hierzu und zu dem 1983 erschienenen ersten Folgebericht zum Berg-Report (Sub-Saharan Africa: Progress Report on Development Prospects and Programs) die Kurzbeiträge von Rainer Tetzlaff in VN 6/1984 S.204f. und VN 4/1984 S.137f.

4 Siehe auch Resolution 38/159 v.19.12.1983 (›Kritische Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika‹). Das Thema wurde von der Generalversammlung erstmals auf ihrer 35.Tagung aufgegriffen (A/Res/35/69 v.5.12.1980).

5 A/39/270-E/1984/97 v. 6.6.1984. Erstmals wurde ein derartiger Bericht 1982 vorgelegt (A/37/390 v. 8.9.1982).

6 Siehe auch die grundsätzlichen Ausführungen von Khosrow Saidi, Afrikas Agrar- und Ernährungsproblem: Kultur-, nicht Produktionskrise, VN 4/1984 S.128ff.

7 FAO, Land, Food and People. Based on the FAO/UNFPA/IIASA report ›Potential population-supporting capacities of lands in the developing world‹, Rom 1984.

8 A/39/594 v. 20.10.1984.

9 Hervorhebung vom Verfasser.

10 Die Debatte der 39. Generalversammlung zur kritischen Wirtschaftslage in Afrika ist in den folgenden Wortprotokollen aufgezeichnet: A/39/PV.47-52 und 83.

11 Wireless Bulletin from Washington v. 4.1.1985.

## Nach Nkomati

### Mosambik in den Zwängen von Außenpolitik und Außenwirtschaftsbeziehungen

WOLFGANG SCHOELLER

*Zu den großen politischen Überraschungen des vergangenen Jahres zählte die — bis heute noch immer nicht voll verwirklichte — Vereinbarung Südafrikas mit Angola über den Rückzug der dort eingefallenen Truppen Pretorias vom 16. Februar sowie das einen Monat später zwischen Südafrika und Mosambik geschlossene Abkommen von Nkomati über ›Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen‹<sup>1</sup>. Gelegentlich wurde hierzulande dieses Abkommen als ein Schritt »auf dem richtigen Wege«<sup>2</sup> gewürdigt; doch wohin führt dieser Weg? Gerade die zweite Jahreshälfte 1984 hat gezeigt, daß für Pretoria wirtschaftliche Zusammenarbeit und politischer Modus vivendi mit einem unabhängigen afrikanischen Nachbarstaat nicht gleichbedeutend sind mit einem auch nur ansatzweise erfolgenden Ausgleich mit der Bevölkerungsmehrheit im Lande selbst; das zweite Halbjahr war gekennzeichnet von Massenprotesten der unterdrückten Südafrikaner und gewaltsamen Repressionsmaßnahmen der Staatsmacht.*

*Doch könnte sich auch das Kalkül, durch ›Nkomati‹ eine Atempause zwecks ungestörter Umsetzung des Programms der ›Großen Apartheid‹ — der Ausgliederung der schwarzen Südafrikaner aus dem Staatsverband (vgl. S.30 dieser Ausgabe) — als falsch erweisen; die dem Konflikt im Inneren Südafrikas eigene Dynamik<sup>3</sup> wird letztlich nicht wirklich davon bestimmt, ob südafrikanische Guerilleros von Maputo aus operieren können oder nicht. In der Sicht Mosambiks, eines ökonomisch schwachen Landes mit zahlreichen Problemen, aber stellte sich immer drängender die Frage des eigenen Überlebens: Die Hilfe der internationalen Gemeinschaft floß vergleichsweise spärlich, die Erwartungen an die internationalistische Solidarität des sogenannten sozialistischen Lagers wurde herb enttäuscht.*

#### Problemstellung

Die mosambikanische Wirtschaft ist heute weitgehend paralytisch. Der einst bedeutsame industrielle Sektor ist mangels Devisen für Rohstoffe, Zwischenprodukte und Ersatzteile nur mehr zu 20–25vH ausgelastet. Die Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland beträgt mehr als 4 Mrd DM (1984), ein Betrag, der nominell dem Fünffachen der Exporterlöse Mosambiks im Jahre 1973 entspricht. Die Devisenerlöse aus der Wanderarbeit und dem Transitverkehr, die einst die tragende Grundlage des Wirtschaftskreislaufs darstellten, sind 1982/83 auf schätzungsweise 20vH des Standes von 1973 zurückgegangen. Dieser Devisenengpaß leitete seinerseits den Niedergang des vormals bedeutenden industriellen Sektors ein.

Die unzureichende industrielle Produktion sowie fehlende Importmöglichkeiten mußten sich in einer Zerstörung der ökonomischen Grundlagen des Austauschs mit der Landwirtschaft umsetzen, da für die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion kaum mehr industrielle Fertigwaren verfügbar

sind. Dies wiederum führte zum Rückgang der Exporterlöse, wodurch der gravierende Devisenengpaß Mosambiks zwar nicht hervorgerufen, jedoch zusätzlich verstärkt wird.

Dieser zur Zeit der Unabhängigkeit (1975) kaum vorstellbare wirtschaftliche Niedergang Mosambiks ist aufs engste mit dem regionalen Konflikt verbunden, in den dieser junge Staat von Anfang an gestellt war: In seiner Resolution 253 vom 29. Mai 1968<sup>4</sup> hatte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gefordert, das Minderheitsregime in Südrhodesien<sup>5</sup> politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit war dem neuen UN-Mitglied Mosambik die Aufgabe zugefallen, die Durchsetzung dieser Resolutionen durch die Schließung seiner Grenze zu Südrhodesien (1976) sicherzustellen. Mosambik erhielt in den folgenden Jahren von der Weltorganisation Zahlungen, die einen Ausgleich für die hieraus entstehenden Mindereinnahmen darstellen sollten. Die Befolgung der UN-Sanktionen durch Mosambik weitete sich jedoch rasch zu einem militärischen Konflikt mit Rhodesien aus, dessen wirtschaftliche Lasten und Schäden in keinem Verhältnis mehr zu jenen Kompensationszahlungen der Vereinten Nationen<sup>6</sup> standen. Mosambik hatte durch dieses Engagement entscheidend zur Bewältigung des Rhodesienkonflikts beigetragen; die Devisenreserven Mosambiks waren jedoch weitgehend aufgebraucht und die wirtschaftliche Infrastruktur war schwer getroffen.

Nach der militärisch-politischen Lösung des Rhodesienproblems sah sich Mosambik nunmehr in einen offenen Konflikt mit der Republik Südafrika (RSA) gestellt. Die Strukturen des sich fortsetzenden wirtschaftlichen Niedergangs sowie die politischen Konturen dieses Konflikts, die mittlerweile auch im Abkommen von Nkomati deutlich geworden sind, benennen folgende zentrale Rahmenbedingungen der Unabhängigkeit Mosambiks: Das Ende der portugiesischen Herrschaft in Mosambik brachte diesem Land bislang kaum mehr als eine formale Unabhängigkeit. Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Unabhängigkeit konnten bislang jedoch durch die RSA in erheblichem Maße beeinträchtigt, wenn nicht blockiert werden. Dies ist in der weitreichenden Verflechtung der mosambikanischen Wirtschaft mit der Südafrikas begründet.

Vor diesem ökonomischen und politischen Hintergrund ergibt sich auch die begrenzte Bedeutung bi- und multilateraler Programme zur Technischen Hilfe. Die erste Phase von Programmen Technischer Hilfe im Rahmen der UNO (1975/76–1982) hatte beispielsweise eine finanzielle Gesamtausstattung von 23,5 Mill US-Dollar. Die zweite Phase dieser Programme (1982–1986) weist eine finanzielle Aufstockung auf 50 Mill Dollar auf<sup>7</sup>. Die sektorale Verteilung der Projekte in beiden Phasen ist durchaus weit gestreut, sie reicht von landwirtschaftlicher Forschung, Förderung der Forstwirtschaft und der Fischerei bis

hin zur Unterstützung des Bildungssystems, des Wohnungsbaus und des Gesundheitswesens. So notwendig diese einzelnen Projekte sind, sie können ungeachtet ihrer finanziellen Ausstattung kaum mehr als eine Hilfestellung sein. Das zentrale Problem der mosambikanischen Wirtschaft liegt in der Krise des Sektors der Dienstleistungen (Transitverkehr und Wanderarbeit) gegenüber der Republik Südafrika. Die Lösung dieses Problems ist daher auf absehbare Zeit aufs engste durch den Konflikt mit diesem Staat bestimmt und dürfte auch kaum gegen ihn zu bewältigen sein.

### 1. Mosambik vor der Unabhängigkeit

Portugal hatte bereits Jahrzehnte vor dem Ende seiner Herrschaft in Afrika begonnen, sich in den Wirtschaftsraum Westeuropa zu integrieren und sich dadurch ökonomisch von seinen Kolonien zu entfernen. Dieser wirtschaftliche Rückzug war gegenüber Mosambik besonders deutlich ausgeprägt, das seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts unter den wachsenden wirtschaftlichen Einfluß Südafrikas geraten war. Der steigende Arbeitskräftebedarf des expandierenden Bergbausektors dort hatte Mosambik seit der Jahrhundertwende zum bedeutendsten Reservoir von Wanderarbeit in dieser Region werden lassen. Mosambikanische Minenarbeiter stellten seitdem bis zu 40vH der Wanderarbeiter der damaligen Südafrikanischen Union und begründeten so eine der traditionell wichtigsten Devisenquellen für Mosambik. Im selben Zeitraum wurde in Mosambik ein ausgedehnter Transitsektor (Häfen und Eisenbahnen) ausgebaut, durch den dieses Land eine weitere enge Verflechtung mit der südafrikanischen Wirtschaft erfuhr.

Zusammen mit den Erlösen aus der Wanderarbeit waren die Einnahmen aus dem Transitverkehr vor allem mit Südafrika seit den frühen sechziger Jahren zur tragenden Grundlage des gesamten Devisenaufkommens geworden, die Erlöse aus dem Warenexport (Baumwolle, Zucker, Sisal, Kokos, Krabben, Tee) nahmen demgegenüber nurmehr ein untergeordnetes Gewicht ein. Die besondere Bedeutung Mosambiks im Transitverkehr und als Arbeitskräfte-reservoir und die daraus resultierenden umfangreichen Deviseneinnahmen waren die tragende Grundlage eines rasch expandierenden industriellen Sektors in Mosambik selbst geworden, der zu Beginn der siebziger Jahre zu einem der größten im Afrika südlich der Sahara gezählt werden konnte. Ungeachtet jener ökonomischen Entfernung Portugals von Mosambik und der weitreichenden wirtschaftlichen Durchdringung dieses Landes durch die RSA war dennoch die portugiesische Kolonialherrschaft von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung FRELIMO und die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Akzente, die nach der Unabhängigkeit in Mosambik gesetzt wurden. Entscheidend für die Durchsetzung des marxistischen Ansatzes in der FRELIMO dürfte das System des portugiesischen ›Kolonialfaschismus‹ gewesen sein. Die politische Repression, das offene Elend des Arbeiters sowie die materielle und kulturelle Rückständigkeit des Kleinbauern in Portugal ähnelten durchaus der sozialen Lage der afrikanischen Bevölkerung in Mosambik und den anderen Kolonien. Diese Situation trug dazu bei, daß die interne Opposition in Portugal wie auch die Befreiungsbewegungen in den Kolonien die Beseitigung dieses Systems als ihre vordringliche und gemeinsame Aufgabe ansahen. Die Einsicht in die gesellschaftlichen Determinanten und Mechanismen des Systems des ›Kolonialfaschismus‹ sowie die Tatsache, daß die Strukturen der Vergangenheit unwiederbringlich verschwunden waren, sind im Selbstverständnis der FRELIMO jener Jahre entscheidend gewesen für das Vordringen eines marxistischen Klassenansatzes und einer an den sozialistischen Staaten orientierten Gesellschaftskonzeption. Die FRELIMO sah sich daher in dieser Situation vor die Aufgabe gestellt, ohne Rückgriff auf die Vergangenheit ein ›gesellschaftliches Vakuum‹ auszufüllen, das angesichts der Zerstörung der traditionellen politischen Strukturen durch die portugiesische Herrschaft entstanden war.

In der Suche nach Formen, dieses ›gesellschaftliche Vakuum‹ auszufüllen, sah sich Eduardo Mondlane, der (1969 ermordete) erste Präsident der Befreiungsbewegung, nach Jahren der internen Auseinandersetzungen in der FRELIMO 1968 autorisiert, folgendes Resümee der Entwicklung des Denkens in dieser Bewegung zu ziehen:

»Die Tendenz der FRELIMO weist heute mehr und mehr in Richtung des Sozialismus marxistisch-leninistischen Typs. Dies ist der Fall, da die konkreten Verhältnisse, unter denen wir in Mosambik leben, sowie die Art des Gegners, mit dem wir es zu tun haben, keine andere Alternative offenlassen. ... Wir werden ein sozialistisches Wirtschaftssystem errichten, und es liegen heute reichlich Erfahrungen der verschiedenen sozialistischen Länder vor, die wir studieren und vertiefen werden.«<sup>8</sup>

Eine tiefgehende Einbindung in den ökonomischen Kreislauf der RSA als tragende Grundlage eines relativ weit entwickelten industriellen Sektors für den Binnenmarkt, eine fortgeschrittene Durchsetzung der Lohnarbeit sowie ein ›gesellschaftliches Vakuum‹ lassen sich daher als zentrale Ausgangsbedingungen benennen, unter denen der wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neubeginn in Mosambik 1975 zu erfolgen hatte.

### 2. Zielsetzungen nach der Befreiung

Entsprechend den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die zum Ende der sechziger Jahre in der FRELIMO vorherrschend waren, wurden hierbei folgende Akzente gesetzt: Der Aufbau eines zentralen sozialistischen Planungssystems wurde konzeptionell eng an der frühen Phase der nachholenden Industrialisierung der heutigen sozialistischen Staaten orientiert. Damit erschien es der mosambikanischen Führung als selbstverständlich, sich auch außen- und wirtschaftspolitisch der Gruppe dieser Länder zuzuordnen, um von diesen die erforderliche Unterstützung beim Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung und bei der Realisierung der Langzeitplanung zu erhalten.<sup>9</sup>

Entsprechend wurde seitens der mosambikanischen Führung in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit betont, daß die wirtschaftliche Zukunft Mosambiks nur in dessen fortschreitender Integration in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) der Staaten des ›realen Sozialismus‹ gefunden werden könne. Diese Option war von der Erwartung getragen, daß sich Mosambik in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem COMECON eine tragfähige Alternative zu den bekannten Restriktionen und Zwängen des Welthandels und der internationalen Konkurrenz erschließen könne. Langfristige Handelsabkommen in der Form von Kompensationsgeschäften wurden als Ausweg aus den Benachteiligungen angesehen, denen insbesondere ökonomisch schwache Entwicklungsländer im Welthandel ausgesetzt seien. Diese Erwartung bedeutete die Annahme, die COMECON-Staaten seien in der Lage oder bereit, einem ökonomisch schwachen Entwicklungsland mit sozialistischer Orientierung Bedingungen des Warenaustauschs einzuräumen, die für die Entwicklungsländer insgesamt nicht realisierbar scheinen: einen, gemessen an den Exportmöglichkeiten Mosambiks, unbegrenzten Absatzmarkt zu konstanten Bedingungen. Von den COMECON-Staaten wurde zudem erwartet, daß sie sich an der Durchführung und Finanzierung von Entwicklungsprojekten beteiligten, deren Rückzahlung durch steigende Exporte in diese Staaten sowie aus laufender Produktion aus diesen Projekten erfolgen sollte.

Für die mosambikanische Führung war diese Orientierung auf den COMECON zudem ein zentraler Bestandteil ihrer regionalpolitischen Konzeption, einen Ausweg aus dem Konflikt mit Pretoria zu finden. Dieser Stellenwert der COMECON-Option ergibt sich aus den Richtlinien des ökonomisch-politischen Verhaltens der RSA gegenüber Mosambik, wie sie unter der Regierung Vorster in ihren Grundzügen festgelegt wurden. Denn nach der Revolution in Portugal vom April 1974 stellte sich für die Regierung Smith in Südrhodesien sowie für die RSA die Frage, in welcher Weise auf die zu erwartende Staatsgründung eines unabhängigen Mosambik Einfluß genommen werden könnte. In diesem Zusammenhang unterbreitete die Regierung

Smith den Vorschlag, Mosambik solle entlang des Sambesi geteilt werden und die nördlichen Provinzen der FRELIMO überlassen bleiben, in der diese keine ökonomische und daher auch keine politische Zukunft finden könne. Im wirtschaftlich entwickelten Süden, in dem die Interessen Salisburys und Pretorias lagen (Transitverkehr, Wanderarbeit, Warenaustausch), sollte eine Staatsgründung unter Uria Simango, einer rassistisch-nationalistisch orientierten, einst zum Führungskreis der FRELIMO zählenden Persönlichkeit, erfolgen. Dieser Vorschlag wurde vom Kabinet Vorster als nicht tragfähig abgelehnt. Eine Regierung Simango stelle zur FRELIMO unter Samora Machel keine realpolitische Alternative dar; sie sei außerstande, ausreichende politische und soziale Unterstützung in Mosambik zu finden.

Stattdessen entschloß sich die Regierung Vorster zu folgender Grundsatzentscheidung: Die Staatsgründung durch die FRELIMO unter Machel wird akzeptiert. Die RSA kooperiert auf wirtschaftlichem Gebiet mit Mosambik; hierdurch seien die Strukturen ökonomischer Abhängigkeit dieses Landes zu erhalten, um auf dieser Grundlage langfristig auf die politische Militanz der FRELIMO kontrollierend einwirken zu können.

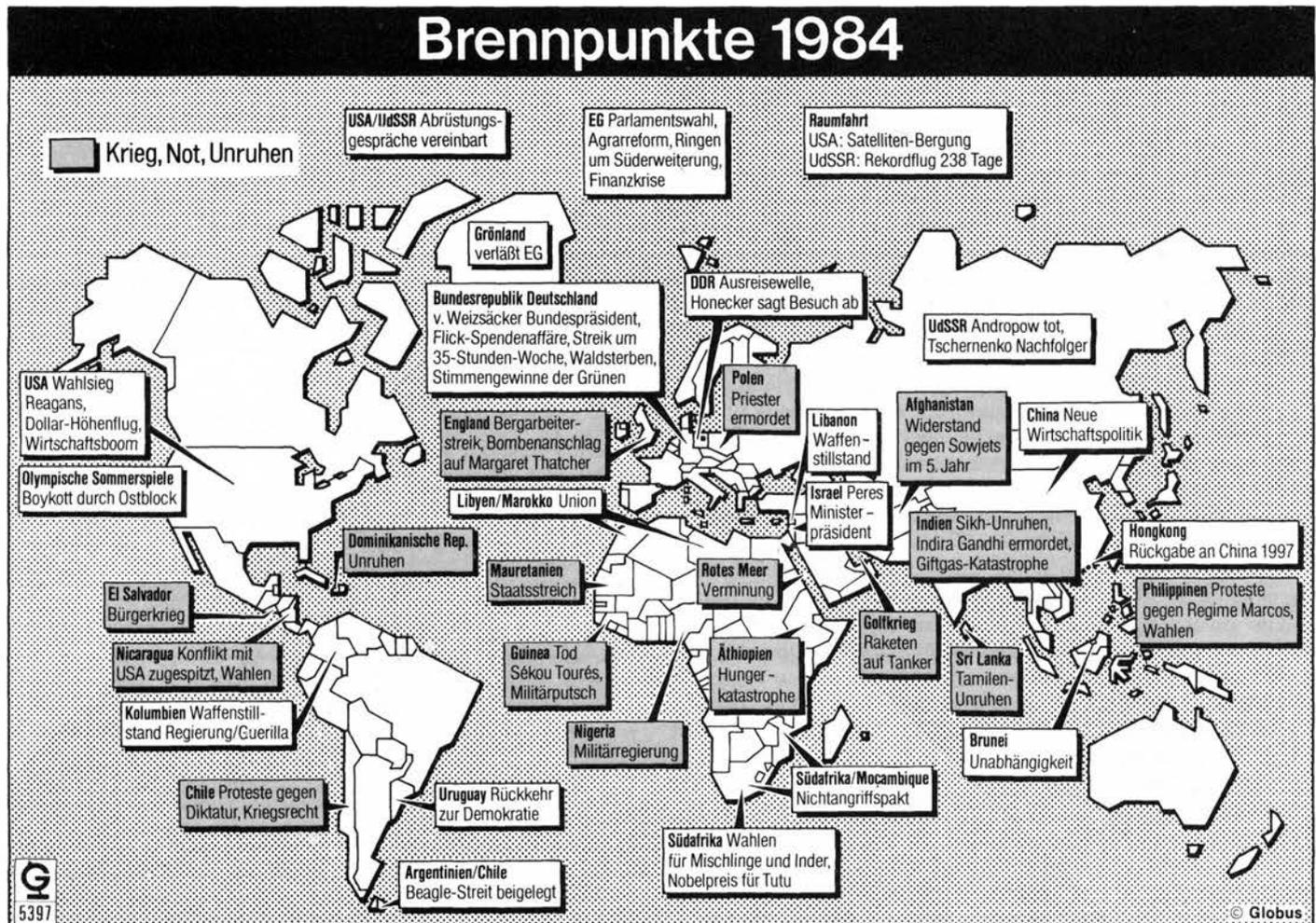
Jene COMECON-Option sollte daher dazu beitragen, Mosambik zumindest auf ökonomischem Gebiet dem südafrikanischen Zugriff zu entziehen. Dieser Versuch wurde schließlich von der mosambikanischen Regierung durch ihr Engagement in der Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung im Südlichen Afrika (Southern African Development Co-ordination Conference, SADCC) ergänzt. Die SADCC-Staaten teilen die Erfahrung, daß Pretoria die bestehenden Strukturen wirtschaftlicher Verflechtung mit Südafrika als Hebel zur Pression und politischen Einflußnahme einsetzt. So zielt die SADCC-Initiative darauf ab, durch wirtschaftliche Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten diese wirtschaftliche Abhängigkeit schrittweise zurückzudrängen.

### 3. Destabilisierung und Nkomati-Abkommen

In der Periode 1975–1980/81 entsprach das ökonomisch-politische Verhalten Südafrikas gegenüber Mosambik weitgehend den Richtlinien jener Grundsatzentscheidung aus dem Jahre 1974. Auch der Übergang zur Politik offener militärischer Destabilisierung ist nicht ohne weiteres als eine Abkehr der RSA von dieser langfristigen Konzeption zu werten. Vielmehr traf die Destabilisierung Mosambik nicht nur während einer rasch fortschreitenden Wirtschaftskrise, sondern vor allem auch zu einem Zeitpunkt fehlgeschlagener außen- und wirtschaftspolitischer Orientierung auf den COMECON.

Ungeachtet intensivster Anstrengungen der mosambikanischen Regierung, jene COMECON-Option zu realisieren, hatte sich gezeigt, daß diese Staaten nicht bereit oder imstande waren, diesem Lande umfangreiche und langfristige Kredite einzuräumen und in nennenswertem Ausmaß die wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Kompensationsprinzip zu gestalten. Diese ökonomische Verweigerung der COMECON-Staaten sowie die schließlich auf der Tagung des COMECON in Prag im Januar 1981 erfolgte Ablehnung des formalen Aufnahmeantrags Mosambiks zur vollen Mitgliedschaft hatten daher jener COMECON-Option jede Grundlage ihrer Realisierbarkeit entzogen. Hiermit waren jedoch nicht allein die seit 1975 unterstellten Rahmenbedingungen und Prämissen der Langzeitplanung entfallen, vielmehr war durch die Verweigerung des COMECON auch der oben benannten regionalpolitischen Konzeption Mosambiks die entscheidende Grundlage entzogen.

Durch diese Entwicklung blieb die mosambikanische Regierung regionalpolitisch auf die Bemühungen der SADCC-Initiative verwiesen, die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika zurückzudrängen. Die SADCC definiert die Entwicklung eines Transport- und Kommunikationssystems zwischen den Mitgliedstaaten als entscheidende »erste Phase« ihrer wirtschaftli-



chen Programmatik. Die Transitwege sowie die eingeleiteten Investitionsprojekte, die vorwiegend in Mosambik liegen, konnten jedoch durch gezielte Sabotage seitens Südafrikas mit Hilfe der von Pretoria geförderten RNM<sup>10</sup> erfolgreich blockiert werden.

Angesichts der ökonomischen Verweigerung der COMECON-Staaten wie auch der Drohung anhaltender militärischer und wirtschaftlicher Destabilisierung sah sich die mosambikanische Regierung gezwungen, eine außenwirtschaftliche Neuorientierung auf die westlichen Industrienationen einzuleiten und auch mit der RSA politische und wirtschaftliche Vereinbarungen anzustreben. So wurde im März 1984 ein »Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen« unterzeichnet<sup>11</sup>; dieses sogenannte Nkomati-Abkommen verpflichtet Mosambik unter anderem, der bedeutendsten südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC jegliche logistische, militärische oder propagandistische Unterstützung zu entziehen und sich der »Einmischung in die inneren Angelegenheiten« der RSA zu enthalten. Andererseits verpflichtet dieses Abkommen die RSA, der von ihr bislang geförderten RNM ebenso jede weitere Unterstützung zu entziehen.

Die Verhandlungen zu diesem Vertragswerk waren von Anfang an (also seit Dezember 1983) in eine Offerte der RSA zu intensiver und weitreichender wirtschaftlicher Zusammenarbeit eingebunden; das Eingehen auf diese Offerte stellte eine entscheidende Prämisse für das Nkomati-Abkommen dar. Die Vereinbarungen, die seitdem auf wirtschaftlichem Gebiet getroffen wurden oder die noch zu erwarten sind, lassen bislang folgende Konturen einer möglicherweise langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten erkennen:

○ Die RSA ist bereit, den Hafen von Maputo wieder als ihren »natürlichen« Hafen für die Region Transvaal in Anspruch zu nehmen. Mosambik eröffnet sich hierdurch die Möglichkeit, eine der vormals tragenden Grundlagen seiner Deviseneinnahmen zurückzugewinnen. Der Vorteil auf südafrikanischer Seite liegt unter anderem in der Reduzierung der Frachtkosten um ein Drittel gegenüber vergleichbaren Alternativen innerhalb der RSA. Südafrikanische Unternehmen sind zudem bereit, im Hafen von Maputo Ersatz- und Neuinvestitionen durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird auf die Finanzierungsform bereits fertiggestellter Kühllhäuser für Früchte verwiesen: Die entstandenen Investitionskosten werden aus den laufenden Einnahmen getilgt, die durch die Inanspruchnahme dieser Anlagen durch Unternehmen der RSA selbst erzielt werden.

○ Auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs werden für Mosambik vorteilhafte Vereinbarungen in Aussicht gestellt, die sich auf die Modernisierung, Reparatur und die Koordination des rollenden Materials erstrecken. Auch in diesem Bereich werden Mosambik ähnliche Refinanzierungsmöglichkeiten angeboten.

○ Nach einem Besuch einer Delegation der südafrikanischen Außenhandelskammer in Maputo im Mai 1984 wurden für den Bergbau, die Fischerei und die Landwirtschaft konkrete Investitionsinteressen durch südafrikanische Unternehmen angemeldet. So wurde für den Sektor der Landwirtschaft angeboten, in bestehende Großbetriebe wie auch in neue Plantagen zu investieren und nach der Sicherstellung des Eigenbedarfs Mosambiks sämtliche agrarischen Überschüsse abzunehmen. Unternehmen der RSA seien zudem daran interessiert, im Agrarsektor Investitionen bei der Errichtung eines technischen Service-Netzes (Reparatur, Materialverteilung, Marketing etc.) vorzunehmen.

○ Ebenso werden auch für den industriellen Sektor Investitionsinteressen angemeldet, in denen seit der Unabhängigkeit de facto keine Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen mehr durchgeführt worden sind.

○ Konkrete Abmachungen wurden für den Tourismussektor erreicht. Die Hotels, die vor der Unabhängigkeit vorwiegend für südafrikanische Touristen errichtet worden waren, sollen sukzessive modernisiert und neu in Betrieb genommen werden. Die erforderlichen Investitionen sowie die benötigten Materialliefer-

rungen sollen aus den laufenden Einnahmen dieser Hotels — also durch südafrikanische Touristen — finanziert werden.

○ Die vertraglichen Regelungen der Cabora-Bassa-Gesellschaft wurden neu gestaltet. Mosambik erhält damit bereits vor der endgültigen Abzahlung der Investitionen (1990) erste Deviseneinnahmen aus diesem Unternehmen.

○ Die Zahl der mosambikanischen Minenarbeiter in Südafrika war von 128 000 (1975/76) auf weniger als 20 000 (1982/83) zurückgegangen. Die RSA ist bereit, die Zahl der mosambikanischen Wanderarbeiter auf 60 000 anzuheben.

Bemerkenswert an jener wirtschaftlichen Offerte südafrikanischer Unternehmen ist nicht zuletzt deren explizit betonte Bereitschaft, die in Aussicht gestellten Investitionen nach dem Kompensationsprinzip zu finanzieren. Dieser Sachverhalt (wie auch der Umfang dieser Offerte selbst) kontrastiert mit dem offenen ökonomischen Desinteresse der COMECON-Staaten an Mosambik und deren äußerst restriktiver Handhabung des Kompensationsgeschäfts.

Sollten sich diese ersten Ansätze einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit als tragfähig erweisen, so käme dies einer Wiederaufnahme und Fortentwicklung der engen wirtschaftlichen Beziehungen Mosambiks zu Südafrika aus der Zeit vor der Unabhängigkeit gleich. Nach einer zeitlich begrenzten Destabilisierung wäre es demzufolge Pretoria gelungen, im Rahmen von Nkomati zur Grundlinie seines ökonomisch-politischen Verhaltens gegenüber Mosambik zwischen 1975 und 1980/81 zurückzukehren.

#### *Schlußbemerkung*

Seit dem Abschluß des Nkomati-Abkommens ist es bislang nicht möglich, Klarheit darüber zu gewinnen, ob die RSA tatsächlich ihrer vertraglichen Verpflichtung nachkommt, der RNM jegliche Unterstützung zu entziehen. Zwar kann bislang von einer insgesamt rückläufigen Bedrohung durch die RNM nicht gesprochen werden, doch scheint sich neuerdings die RNM auf die nördlichen Provinzen des Landes zu konzentrieren. Sollte sich dieses Bild weiter verfestigen, so käme dies — diesmal mit umgekehrten Vorzeichen — einer Zweiteilung des Landes nahe. Die RNM könnte als Drohpotential bis auf weiteres im Norden operieren, während der Süden, in dem die wirtschaftlichen Interessen der RSA liegen, im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Abmachungen von Nkomati verbliebe.

#### **Anmerkungen**

- 1 Text beider Vereinbarungen: Europa-Archiv, Folge 16/1984 v.25.8.1984, S. D468ff.
- 2 So der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, im letzten Jahr vor dem »Afrika-Verein«; Bulletin, Nr.42/1984 v.13.4.1984, S. 367.
- 3 Siehe hierzu Peter Ripken, Südafrika: Befreiungskampf und Revolution. Anmerkungen zum Charakter des Konflikts, VN 1/1982 S. 13ff. Zur Haltung der westlichen Staaten siehe Winrich Kühne, UN-Sanktionen und Hoffnung auf »friedlichen Wandel«. Handlungsmöglichkeiten der westlichen Staaten gegenüber Südafrika, VN 4/1983 S. 108ff.
- 4 Text: VN 4/1968 S. 130ff.
- 5 Eine knappe Übersicht über die Befassung der Vereinten Nationen mit dem Problem Südrhodesien gibt der Kurzbeitrag von Otto Borsbach in VN 3/1980 S. 93ff.
- 6 Diese wirtschaftlichen Schäden werden auf 556 Mill Dollar geschätzt. Dieser Betrag entspricht den Exporterlösen (Stand 1973) zweier Jahre. Detaillierte Angaben hierzu sowie über die Ausgleichszahlungen der UNO in der Folge der Resolution 386(1976) des Sicherheitsrats finden sich in: People's Republic of Mozambique, Economic Report, Maputo 1984, S. 28ff.
- 7 Tempo (Maputo) v. 7.10.1984, S. 15. Weitere Angaben über die sektorale Struktur und die finanzielle Ausstattung der UN-Sonderprogramme wie auch anderer multilateraler und bilateraler Technischer Hilfe finden sich in UN-Doc.A/39/382 (Assistance to Mozambique. Report of the Secretary-General) v.21.8.1984 und im »Economic Report« (Anm.6).
- 8 In einem Interview 1968, in: Immanuel Wallerstein/Aquino de Bragança, Quem é o inimigo?, Bd.II, Lissabon 1978, S. 200f.
- 9 Die osteuropäischen Länder ihrerseits sehen ihre Unterstützung durch »Freundschaftsverträge« gewährleistet. Siehe dazu Herbert Graf/Detlef Joseph, Volksrepublik Moçambique. Werden und Wachsen eines jungen Staates, Berlin (Ost) 1984, insbes. S.109ff.
- 10 Bei der sogenannten Nationalen Widerstandsbewegung RNM oder Renamo handelt es sich tatsächlich um eine Gründung des südrhodesischen Regimes im Jahre 1976. Später trat an die Stelle der Förderung durch Salisbury die durch Pretoria.
- 11 Siehe Anm.1.